

AbL fordert richtige Anreize für Klima, Tierwohl und Umwelt

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben können Bauern nicht alleine meistern

„Wir Bauern und Bäuerinnen stehen vor riesigen Herausforderungen. Wir stehen vor einem schwierigen Übergang von der bisherigen Ausrichtung auf Billigproduktion hin zu einer umfassenden Qualitätsstrategie. Über Jahrzehnte haben uns Politik, Agrarwirtschaft, Handel und Wissenschaft auf weltweite Kostenführerschaft eingeschworen. Das hat Hunderttausende bäuerliche Betriebe gekostet. Jetzt müssen wir uns innerhalb weniger Jahre umstellen, um den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen an Tierwohl, Klimaschutz und Artenvielfalt in der Praxis gerecht zu werden. Das kostet Milliarden Euro, und die können die bäuerlichen Betriebe niemals aufbringen. Das müssen wir gesamtgesellschaftlich lösen“, fordert **Elisabeth Fresen**, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Die AbL begrüßt daher ausdrücklich, dass eine Debatte darüber losgetreten worden ist, wie der notwendige Umbau in der Landwirtschaft finanziert werden kann.

„Es gibt nicht nur den einen Weg, sondern es muss einen Mix aus mehreren Maßnahmen zur Finanzierung des Umbaus geben“, ist der AbL-Vorsitzende **Martin Schulz** überzeugt: „Erstens müssen die vorhandenen Fördermittel in EU, Bund und Ländern neu ausgerichtet werden. Dazu muss die laufende Reform der EU-Agrarpolitik in Brüssel und Berlin wesentlich ehrgeiziger angepackt werden als bisher. Zweitens brauchen wir einen großen Schub in der Marktdifferenzierung, damit viel mehr Qualitätsprodukte in der Laden- und Metzgertheke zu fairen Preisen und mit einer aussagekräftigen Kennzeichnung angeboten und gekauft werden. Beides reicht aber nicht, um die Mehrkosten des Umbaus zu tragen. Deshalb geht an zusätzlichen Finanzierungsquellen kein Weg vorbei. Die Angleichung der Mehrwertsteuer für Fleisch und Eier an den allgemeinen Satz von 19 Prozent ist eine Option, es gibt aber auch andere Wege, deren Vor- und Nachteile jetzt intensiv diskutiert werden müssen, um dann bald politisch darüber zu entscheiden. Und viertens sind auch Verbesserungen im Fachrecht notwendig, besonders im Düngerecht, im Tierschutz, im Bau- und Genehmigungsrecht für tiergerechte Ställe sowie im Pflanzenschutz. Insgesamt müssen wir erreichen, dass wir allen noch bestehenden bäuerlichen Betrieben verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Perspektiven mit gesellschaftlicher Akzeptanz eröffnen.“

Die AbL-Vorsitzenden rufen alle Ministerien, Parteien, Verbände sowie Berufskolleginnen und Kollegen auf, sich diesen Herausforderungen konstruktiv zu stellen. „Veränderungen immer nur abzuwehren bringt uns ebenso wenig weiter wie die weit verbreitete Haltung, an Bäuerinnen und Bauern immer mehr Forderungen zu stellen und sich dann bei der Finanzierung der Kosten in die Büsche zu schlagen. Jetzt sind alle gefordert, einen Beitrag zu leisten und sich konstruktiv einzubringen“, so Fresen und Schulz abschließend.